

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 20

3. März

1916

Verordnung

über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände.

Vom 25. Februar 1916.

Mit Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats, was folgt:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Einfuhr entbehrlicher Gegenstände über die Grenzen des Deutschen Reichs bis auf weiteres zu verbieten und die zur Durchführung des Verbots erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

§ 2. Der Reichskanzler wird ein Verzeichnis derjenigen Gegenstände veröffentlicht, deren Einfuhr nach § 1 verboten ist. Er ist ermächtigt, Ausnahmen von den Bestimmungen im § 1 zu gestatten.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Großes Hauptquartier, den 25. Februar 1916.

(L. S.)

Wilhelm.

Delbrück.

Bekanntmachung

betreffend Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände.

Vom 26. Februar 1916.

Auf Grund der Verordnung über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände vom 25. Februar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 111) bestimme ich folgendes:

§ 1. Die Einfuhr der in der Anlage aufgeführten Gegenstände über die Grenzen des Deutschen Reichs wird bis auf weiteres verboten.

§ 2. Die Zollbehörden werden ermächtigt, bei einem bestehenden Veredlungsverkehr sowie im Ausbesserungs- und Rückwarenverkehr insoweit Ausnahmen von den Verböten des § 1 zuzulassen, als sie zur Zulassung des genannten Verkehrs zulässig sind.

§ 3. Falls der Wert der einzuführenden Sendung fünfzig Mark nicht übersteigt, sind die Hauptzollämter bezw. die von ihnen zu bezeichnenden Zollämter,

falls der Wert der Sendung fünfhundert Mark nicht übersteigt, sind die Zolldirektionsbehörden ermächtigt, in unbedenklichen Fällen Ausnahmen von den Einfuhrverböten zu gestatten.

§ 4. Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Die Hauptzollämter werden ermächtigt, die Einfuhr von Gegenständen der in der Anlage bezeichneten Art zu gestatten, falls der Nachweis erbracht wird, daß die Ware beim Inkrafttreten der Bekanntmachung bereits bezahlt war.

Berlin, den 26. Februar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

Anlage.

Lebende Pflanzen, Erzeugnisse der Biergärtnerei der Tarifnummern (Nummern des Zolltarifs vom 25. Dezember 1902): 38, 39, 41—44; Mandarinen 51; Traubenrosinen 53; Ananas 55, 219; Ingwer, Vanille 67; Kaviar und andere Waren der Tarifnummer 118; Langusten 123, 124, 219; Schmusfedern 148, 531; Vogelbälge und deren Teile 149, 531, 563, 566; Vögel 178, 179; Schaumwein 181; Zuckerwerk und andere Waren der Tarifnummer 202; Alaun, Marmor, Waren daraus, 234, 680, 682, 683, 685, 686, 687, 691, 692; künstliche Riechstoffe, Riech- und Schönheitsmittel 354—358; Waren aus Seide der Tarifnummern 402—404, 406, 408, 410, 411, 452; Baumwolltüll 452; Kleider, Putzwaren, sonstige gewählte Gegenstände, ganz oder teilweise aus Seide, der Tarifnummer 517; Kleider, Putzwaren und sonstige gewählte Gegenstände aus anderen Geweben als Seide, wenn sie aus Spitzen oder Stickereien bestehen, der Tarifnummern 518—520; künstliche Blumen und Teile davon 516, 523, 530, 592, 670—672; Schuhe aus Gespinnstwaren, ganz oder teilweise aus Seide, 527; Menschenhaare und Waren daraus 528—530; Feder 532, 602, 604, 606; Hüte, Mützen 533 bis 542, 565; Gusstumpfen aus Holz 514, 540; Handschuhe, ganz oder teilweise aus Leder 562; Pelzwaren 564, 565; ausgestopfte Tiere, Teile davon, 566; Waren aus tierischen Schnitzstoffen der Tarifnummer 601 bis 608; Waren aus Zellhorn und andere Waren der Tarifnummer 640; ausländische Brief- und Postkarten (Postkarten) Marken 657, 658, 673; Gemälde 677; Edelsteine der Tarifnummer 678; Bildwerke aus Steinen aller Art, Luxusgegenstände aus Stein 690, 692; Gold- und Silberwaren 771, 776; feine Eisenwaren, Kunstschmiedearbeiten 836, 837; Schreibfedern aus Stahl 840; Waren aus unedlen Metallen der Tarifnummern 883—888; Maschinen, Werk-

zeuge und andere Waren der Tarifnummer 891; Maschinen und Teile davon der Tarifnummern 895—897; Webstühle 900; Werkzeugzeuge 937—944; Kinderspielzeug 946.

Bekanntmachung

betreffend den Verkehr mit beschlagnahmefreiem und verkehrsfreiem Getreide und Mehl. Vom 24. Februar 1916.

Auf Grund der §§ 12 ff. der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September/4. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 607/728) wird das Folgende bestimmt:

§ 1. Wer aus dem Ausland stammendes Brotgetreide oder Mehl, das nicht nach der Bundesratsverordnung vom 11. September 1915, betreffend die Einfuhr von Brotgetreide, Mehl und Futtermitteln, an die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. abgeliefert ist, oder Brotgetreide und Mehl, das aus anderen Gründen der Verbrauchsregelung angeblich nicht unterliegt, in den Bezirk einer Gemeinde einführt, hat binnen 24 Stunden nach der Einfuhr der Großh. Bürgermeister (Oberbürgermeister, Bürgermeister) eine Anzeige zu erstatten. In derselben sind die Gründe, aus denen die Vorräte der Verbrauchsregelung nicht unterliegen, darzulegen, so wie Art, Menge, Beschaffenheit, Preis, Lagerort, Name oder Firma des Lieferanten und der Ursprungsort der Ware anzugeben. Der Ursprungsort ist urkundlich nachzuweisen; als Ausweis hierfür gilt eine von einer Behörde ausgestellte Bescheinigung, es können jedoch auch Frachtbriele oder Sollquittungen als Nachweis anerkannt werden.

Wer bei dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung mehr als einen halben Doppelzentner Brotgetreide oder Mehl besitzt, das angeblich nach § 68 der Brotgetreideverordnung vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 363) oder aus anderen Gründen der Verbrauchsregelung nicht unterliegt, hat die im Absatz 1 vorgeschriebene Anzeige binnen 3 Tagen zu erstatten.

Ist der Gemeinde die Regelung des Verbrauchs im Sinne des § 54 der Brotgetreideverordnung übertragen, so hat die Großh. Bürgermeister (Oberbürgermeister, Bürgermeister) zu prüfen, ob das Brotgetreide oder Mehl nach den Vorschriften der Brotgetreideverordnung nicht der Verbrauchsregelung unterliegt und ob die Vorschriften des § 1 der Bundesratsverordnung, betreffend die Einfuhr von Getreide, Sälenfrüchten, Mehl und Futtermitteln, vom 11. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 569) und der Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers hierzu vom 1. Oktober 1915 („Darmstädter Zeitung“ Nr. 234 vom 6. Oktober 1915) beachtet sind. Andernfalls hat diese Prüfung durch das Kreisamt zu erfolgen, dem in diesen Fällen die Anzeige nebst den zugehörigen Anlagen von der Großh. Bürgermeister (Oberbürgermeister, Bürgermeister) unverzüglich mitzuteilen ist.

Derartiges Brotgetreide und Mehl darf erst in den Verkehr gebracht werden, wenn dies durch die Großh. Bürgermeister (Oberbürgermeister, Bürgermeister) bezw. das Kreisamt zugelassen ist.

§ 2. Händler und Verarbeiter haben ein Lagerbuch zu führen, aus dem der Eingang der Ware, deren Preis frei Lager sowie der Ausgang, Abnehmer, die Menge, Art, Beschaffenheit und der Preis der abgegebenen Ware zu ersehen ist. Hierbei haben Kleinverlängerer statt der Namen der Abnehmer nur die täglich verkaufte Menge und den Preis, und Verarbeiter (Bäcker, Konditoren, Hersteller von Mehlwaren usw.) nur den täglichen Verbrauch unter Bezeichnung der daraus hergestellten Waren und deren Preis in das Lagerbuch einzutragen.

Das Lagerbuch ist am 15. und letzten jeden Monats abzuschließen und auf Verlangen jederzeit dem Kreisamt bezw. der Großh. Bürgermeister (Oberbürgermeister, Bürgermeister) einzureichen oder den Aufsichtsbeamten vorzuzeigen.

§ 3. Mühlen, denen beschlagnahmefreies Brotgetreide zum Ausmalen übergeben wird, haben ein Buch zu führen, aus dem der Eingang des Getreides, dessen Menge, Art, Beschaffenheit und Eigentümer sowie die Menge des hieraus ermalenen und abgegebenen Mehles zu ersehen ist. Derartiges Brotgetreide und Mehl ist abgeleitet von Inlandsgetreide und -mehl aufzubewahren und durch Anbringen eines deutlich lesbaren Schilds mit der Aufschrift „Beschlagnahmefreies Getreide“ oder „Beschlagnahmefreies Mehl“ besonders kenntlich zu machen.

§ 4. Das verkehrsfreie Roggen- oder Weizenmehl und die aus ihm hergestellten Backwaren dürfen ohne Brotmarken verkauft werden. Sie sind jedoch in den Verkaufsräumen gesondert von Inlandsmehl und den aus ihm hergestellten Backwaren aufzubewahren und durch Anbringen eines deutlich lesbaren Schilds mit der Aufschrift „Verkehrsfreies Mehl“ bezw. „Backware aus verkehrsfreiem Mehl“ kenntlich zu machen.

Derartiges Mehl darf nicht vermischt mit Inlandsmehl verkauft oder verbacken werden.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bekanntmachung werden nach § 17 der Bundesratsverordnung vom 26. September/4. November 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 6. Diese Vorschriften treten mit der Verkündigung in Kraft.

Darmstadt, den 24. Februar 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Homberg.

Krämer.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großbürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Indem wir Sie auf die Ihnen nach vorstehender Bekanntmachung obliegenden Verpflichtungen aufmerksam machen, beauftragen wir Sie, dieselbe ortsüblich bekannt zu machen und insbesondere Getreidehändler, Bäcker und Mäler zu befehlen. Wir bemerken noch, daß als „Ausland“ in diesem Sinne nicht das von uns besetzte Gebiet gilt.

Gießen, den 28. Februar 1916.

Großherzogliches Kreiskanzlei Gießen.
J. V. Langermann.

Bekanntmachung

über den Verkehr mit Leimleder. Vom 24. Februar 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Wer Leimleder in trockenem, nassem, gefalztem oder eingekerkertem Zustand mit Beginn des 26. Februar 1916 in Gewerkschaft hat, ist verpflichtet, die vorhandenen Mengen, getrennt nach Arten und Eigentümern, unter Bezeichnung der Eigentümer und des Lagerorts dem Kriegsausschuß für Ersatzfutter, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin W. 10, Mathäikirchstraße 10 (Kriegsausschuß), bis zum 4. März 1916 anzuzeigen. Anzeigen über Mengen, die sich mit Beginn des 26. Februar unterwegs befinden, sind von dem Empfänger unverzüglich nach Empfang zu erstatten.

Die gleiche Anzeige haben diejenigen Betriebe, die vom 26. Februar 1916 an Leimleder gewinnen, dem Kriegsausschuß unverzüglich zu machen, sobald 100 Doppelzentner nasse oder gefaltene Ware oder 10 Doppelzentner trockene Ware angefallen sind.

Die Leimleder verarbeitenden Betriebe haben bis zum 4. März 1916 dem Kriegsausschuß anzuzeigen, welche Mengen trockenen und nassen Leimleders, getrennt nach Arten, sie in dem Zeitraum vom 1. September bis 30. November 1915 einschließlich versotten haben.

§ 2. Als Leimleder im Sinne dieser Verordnung sind anzusehen sämtliche Abfälle, die bei der Bearbeitung von Rohhaut entstehen, mit Ausnahme von Haaren, Fellen und Hörnern.

§ 3. Leimleder darf nur durch den Kriegsausschuß abgefeigt und nach seinen Angaben verarbeitet werden. Jedoch dürfen Leimleder verarbeitende Betriebe ihre Vorräte ohne Zustimmung des Kriegsausschusses nach Maßgabe folgender Vorschriften verarbeiten.

Betriebe, welche im Jahre 1915 nicht mehr als 400 Doppelzentner nasses oder gefalztes oder nicht mehr als 100 Doppelzentner trockenes Leimleder gewonnen haben, dürfen das Leimleder trocknen. Betriebe, in denen Gelatine oder Leim hergestellt wird, dürfen bis zum 31. März 1916 einschließlich das Leimleder bis zu einem Drittel der Menge versotten, die sie in dem Zeitraum vom 1. September bis 30. November 1915 einschließlich insgesamt versotten haben. Bis zum 31. März 1916 darf Leimleder nur in dem Umfang eingekerkert werden, daß der jeweilige Vorrat an eingekerkertem Leimleder die Hälfte der in dem Zeitraum vom 1. September bis 30. November 1915 einschließlich auf Gelatine oder Leim versottenen Leimledermenge nicht übersteigt.

Wer auf Grund dieser Vorschrift Leimleder versotten oder einäschern will, hat die dafür benötigten Mengen bis zum 4. März 1916 bei dem Kriegsausschuß anzuzeigen.

§ 4. Wer Leimleder in Gewerkschaft hat, hat es dem Kriegsausschuß auf Verlangen zu überlassen und auf Abruf zu verladen. Er hat es bis zur Abnahme aufzubewahren und pfleglich zu behandeln. Auf Verlangen hat er dem Kriegsausschuß Probe gegen Erhaltung der Portokosten einzusenden.

§ 5. Der Kriegsausschuß hat auf Antrag des zur Ueberlassung Verpflichteten binnen 3 Wochen nach Eingang des Antrags, jedoch nicht vor dem 31. März 1916 zu erklären, welche bestimmt zu bezeichnenden Mengen er übernehmen will. Für Mengen, die er hiernach nicht übernehmen will, erlöschen die im § 3 vorgesehenen Beschränkungen. Das gleiche gilt, soweit er eine Erklärung binnen der Frist nicht abgibt. Ist der Verpflichtete nicht zugleich Eigentümer, so kann auch der Eigentümer den Antrag nach Satz 1 stellen.

Alle Mengen, die hiernach dem Abzug durch den Kriegsausschuß vorbehalten sind, müssen von ihm abgenommen werden. Der zur Ueberlassung Verpflichtete hat dem Kriegsausschuß anzuzeigen,

von welchem Zeitpunkt ab er zur Lieferung bereit ist. Erfolgt die Abnahme nicht binnen 2 Wochen nach diesem Zeitpunkt, so ist der Kaufpreis vom Ablauf der Frist mit 1 vom Hundert über den jeweiligen Reichsbankdiskont zu verzinsen. Mit dem Zeitpunkt, an dem die Verzinsung beginnt, geht die Gefahr des zufälligen Verderbens oder der zufälligen Wertverminderung auf den Kriegsausschuß über. Für die Aufbewahrung und pflegliche Behandlung von nassem oder gefalztem Leimleder (§ 4) erhält der Verpflichtete vom Zeitpunkt des Gefahrüberganges ab eine Vergütung von 0,05 Mark für je angefangene 100 Kilogramm und jeden angefangenen Monat.

Der Verpflichtete hat dem Kriegsausschuß anzuzeigen, in welchem Zustand sich die Mengen im Zeitpunkt des Gefahrüberganges befinden; im Streitfall hat er den Zustand nachzuweisen.

§ 6. Der Kriegsausschuß hat für das von ihm übernommene Leimleder als Uebernahmepreis denjenigen Abschlußpreis zu zahlen, den der betreffende Lieferer für die einzelnen Leimlederarten, frei Bahnwagen des Verladeorts, in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1915 im Durchschnitt erhalten hat. Der zur Ueberlassung Verpflichtete hat den Durchschnittspreis durch Teilung des in dem genannten Zeitraum für die betreffende Leimlederart erzielten Gesamtpreises durch die gelieferte Gesamtmenge festzustellen und dem Kriegsausschuß binnen einer von diesem zu bestimmenden Frist, für einen Doppelsentner berechnet, anzuzeigen; ist der Verpflichtete nicht zugleich der Eigentümer, so trifft die Anzeigepflicht auch den Eigentümer.

Der Preis darf jedoch für den Doppelsentner nicht übersteigen bei:

Rindleimleder ohne Schwefelnatrium	5,00 Mark,
Rindleimleder mit Schwefelnatrium	4,50 Mark,
Rindspaltleimleder	7,00 Mark,
Rindschäpe und Abschnitte, enthaart	6,50 Mark,
Rindschäpe mit Haaren	5,50 Mark,
Rohleimleder	2,80 Mark,
Rohleimleder von Schildern	3,40 Mark,
Lammleimleder	3,00 Mark,
Schafleimleder, Köpfe und Abschnitte	3,50 Mark,
Schafleimleder ohne Schafpel	3,50 Mark,
Schafleimleder mit Schafpel	2,00 Mark,
Ziegenleimleder, Köpfe und Abschnitte	5,80 Mark,
Pferdleimleder	3,25 Mark.

Der Preis von Maschinenleimleder wird dem Mindertwert entsprechend festgesetzt, darf jedoch 1/2 der Preise der vorstehend angeführten Arten handgeschorener Ware nicht überschreiten.

Der Preis für trockenes Leimleder darf den vierfachen Betrag der im Abs. 2 bezeichneten Preise nicht übersteigen.

Ist die Ware nicht von mindestens mittlerer Art und Güte und handelsüblichen Feuchtigkeitsgehalte, so ist der Preis entsprechend herabzusetzen.

§ 7. Ist der zur Ueberlassung Verpflichtete mit dem von dem Kriegsausschuß gebotenen Preise nicht einverstanden, so setzt die zuständige höhere Verwaltungsbehörde den Preis endgültig fest. Sie bestimmt darüber, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat. Bei der Festlegung ist der Preis zu berücksichtigen, der zur Zeit des Gefahrüberganges (§ 5 Abs. 2) angemessen war. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festlegung des Uebernahmepreises zu liefern, der Kriegsausschuß vorläufig den von ihm als angemessen erachteten Preis zu zahlen.

Ist der Verpflichtete nicht zugleich der Eigentümer, so kann auch der Eigentümer die Festlegung des Preises durch die höhere Verwaltungsbehörde herbeiführen. Sein Recht erlischt, wenn er nicht binnen 4 Wochen nach Mitteilung des Preisangebots an den Verpflichteten davon Gebrauch macht.

§ 8. Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so wird das Eigentum auf Antrag des Kriegsausschusses durch Anordnung der zuständigen Behörde auf ihn oder die von ihm in dem Antrag bezeichnete Person übertragen. Die Anordnung ist an den zur Ueberlassung Verpflichteten zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung dem Verpflichteten zugeht.

§ 9. Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Abnahme. Für freitragende Restbeträge beginnt diese Frist mit dem Tage, an dem die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde dem Kriegsausschuß zugeht.

§ 10. Streitigkeiten über die aus dem § 4 sich ergebenden Verpflichtungen entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

§ 11. Der Kriegsausschuß hat für die alsbaldige Verarbeitung des übernommenen Leimleders Sorge zu tragen. Zur Futterherstellung dürfen höchstens 80 vom Hundert des gesamten Leimleders verarbeitet werden.

Das zur Futterherstellung bestimmte Leimleder ist zu entfetten; das anfallende Fett ist an den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette, G. m. b. H. in Berlin, abzugeben. Der Reichskanzler kann nähere Bestimmungen darüber treffen.

Das aus dem Leimleder hergestellte Futter ist nach den für die Verteilung der Kraftfuttermittel geltenden Grundsätzen zu verteilen.

§ 12. Bei der Zuweisung des Leimleders erhebt der Kriegsausschuß vorbehaltlich anderer vertraglicher Abmachungen zur

Deckung seiner Unkosten und etwaiger Verluste einen Aufschlag bis zu 5 vom Hundert von dem Uebnahmepreise.

§ 13. Beim Verlaufe des der Absatzbeschränkung nicht unterliegenden Leimlebers durch den Hersteller dürfen die im § 6 festgesetzten Preise nicht überschritten werden.

Wird der Preis gestundet, so dürfen bis zu 2 vom Hundert Jahreszinsen über Reichsbankzins hinzugeschlagen werden. Die Preise schließen die Beförderungskosten ein, die der Verkäufer vertraglich übernommen hat. Der Verkäufer hat auf jeden Fall die Kosten der Beförderung bis zur Verladestelle des Ortes, von dem die Ware verladen wird, sowie die Kosten des Einladens zu tragen.

Beim Umsatz durch den Handel dürfen zu den Preisen insgesamt 4 vom Hundert zugeschlagen werden. Dieser Zuschlag umfasst insbesondere Kommissions-, Vermittlungs- und ähnliche Gebühren, sowie alle Arten von Aufwendungen, nicht aber die Aufwendungen für die Fracht.

§ 14. Die Verarbeitung von Leimleder auf andere Stoffe als Gelatine, Leim- und Futtermittel ist verboten.

§ 15. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Sie bestimmen, wer als zuständige Behörde und als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 16. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark wird bestraft:

1. wer die ihm nach § 1, § 3 Abs. 3 und § 6 Abs. 1 Satz 2 obliegenden Anzeigen nicht in der gesetzten Frist erstattet oder wesentlich unvollständige oder unrichtige Angaben macht;
2. wer den Vorschriften im § 3 zuwider Leimleder absetzt, verarbeitet, trocknet, versiedet oder einäschert oder dem Verbote des § 14 zuwiderhandelt;
3. wer der Verpflichtung zur Aufbewahrung und pfleglichen Behandlung (§ 4) zuwiderhandelt;
4. wer den nach § 15 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt.

Neben der Strafe kann bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften in Abs. 1 Nr. 1 und 2 das Leimleder oder das daraus gewonnene Erzeugnis, auf das die strafbare Handlung sich bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob es dem Täter gehört oder nicht.

§ 17. Die Vorschriften der Verordnung beziehen sich nicht auf Leimleder, das nachweislich nach dem 26. Februar 1916 aus dem Ausland eingeführt ist.

Für das aus den besetzten Gebieten eingeführte Leimleder gelten jedoch die Vorschriften der §§ 13 und 19.

Der Reichszentraler kann nähere Bestimmungen über das vom Ausland eingeführte Leimleder erlassen und dabei anordnen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark bestraft werden, sowie daß neben der Strafe das Leimleder oder das daraus gewonnene Erzeugnis, auf das sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen wird.

§ 18. Der Reichszentraler kann von den Vorschriften dieser Verordnung Ausnahmen gestatten und nähere Bestimmungen erlassen.

§ 19. Die im § 13 festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichsgesetzl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 (Reichsgesetzl. S. 25) und vom 23. September 1915 (Reichsgesetzl. S. 603).

§ 20. Diese Verordnung tritt mit dem 26. Februar 1916 in Kraft. Der Reichszentraler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 24. Februar 1916.

Der Stellvertreter des Reichszentralers.
Delbrück.

Bekanntmachung.

Auf Grund von § 15 der Verordnung des Bundesrats vom 24. Februar 1916 über den Verkehr mit Leimleder (R. G. Bl. S. 113) wird als zuständige Behörde im Sinne der Verordnung das Kreisamt und als höhere Verwaltungsbehörde der Provinzialausschuß bestimmt.

Darmstadt, den 28. Februar 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Hombergk. Krämer.

XVIII. Armee-Korps

Stellvertretendes Generalkommando
Abt. II c/B. Tsg.-Nr. 975.

Betr.: Verbot des Fällens von Rußbäumen.
Frankfurt (Main), 29. 2. 1916.

Bekanntmachung.

Das Kriegsministerium teilt mit Nr. V. II. 880/1. 16. R. R. A. folgendes mit:

„Zahlreiche hier eingegangene Anfragen lassen erkennen, daß die Bekanntmachung V. II. 206/11. 15. R. R. A. betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Rußbaumholz und stehenden Rußbäumen vom 15. 1. 1916 in weiteren Kreisen des Publikums unrichtig aufgefaßt wird. So herrscht teilweise die Ansicht

vor, daß die beschlaggenommenen Rußbäume niedergelegt und der Seeresverwaltung zur Verfügung gestellt werden müßten. Dies ist zurzeit nicht beabsichtigt. Vielmehr handelt es sich zunächst nur um eine Ermittlung des Bestandes der vorhandenen Rußbäume und des Rußbaumholzes.“

Im Anschluß an die Bekanntmachung Nr. V. II. 206/11. 15. R. R. A. wird daher bis auf weiteres verboten, ohne vorherige schriftliche Genehmigung des stellv. Generalkommandos Rußbäume aller Art zu fällen, sowie Verträge abzuschließen, die auf den Erwerb nicht gefällter Rußbäume gerichtet sind.

Zur Erzielung eines gleichmäßigen Verfahrens wird die Königl. Gewerfabrik Erfurt allen stellv. Generalkommandos auf Veranlassung des Kriegsministeriums die Namen der Schaitholzlieferanten mitteilen. Die Schaitholzlieferanten werden den stellv. Generalkommandos von der Gewerfabrik Erfurt ausgestellte Ausweise zum Ankauf von Rußbaumholz zur Genehmigung vorlegen. Auf den Ausweisen ist vorgesehen, daß die Ortsvorstände die in jedem Ortsbezirk angekauften Rußbaumholzungen durch Bezeichnung des Gemeinde- u. v. Siegels bescheinigen.

Von Seiten des Generalkommandos.
Der Chef des Stabes:
de Graaff, Generalleutnant.

Betr.: Wie oben.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden.

Indem wir auf die obige Bekanntmachung verweisen, empfehlen wir Ihnen, in ortsüblicher Weise in Ihren Gemeinden bekanntzumachen zu lassen, daß es verboten ist, ohne vorherige schriftliche Genehmigung des stellvertretenden Generalkommandos Frankfurt a. M. Rußbäume aller Art zu fällen, sowie Verträge abzuschließen, die auf den Erwerb nicht gefällter Rußbäume gerichtet sind.

Ausweise im Sinne des letzten Absatzes vorsehender Bekanntmachung, die Ihnen vorgelegt werden, sind mit Ihrem Dienstiegel zu versehen.

Gießen, den 2. März 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Betr.: Die Sicherung der Aderbestellung.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Hinweis auf unser Ausschreiben vom 21. b. M. (Kreisblatt Nr. 17) machen wir Ihnen die pünktliche Einhaltung des Termines zur Berichterstattung (5. März) zur besonderen Pflicht. Gießen, den 29. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Betr.: Einberufung von Lehrern zum Seeresdienst.

An die Schulkommissionen des Kreises.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß jede Einberufung eines Lehrers zum Seeresdienst uns alsbald mitzuteilen ist.

Gießen, 2. März 1916.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.
J. B.: Semmerde.

Betr.: Einberufung der Abbedereiverzeichnisse für Monat Februar 1916.

An Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir erinnern Sie an umgehende Einberufung der Abbedereiverzeichnisse vom Monat Februar 1916.

Gießen, den 2. März 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Semmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Besteuerung der Klaviere, Automaten und Musikwerke, Luxuswagen und Luxusreitpferde.

Unter Hinweis auf Artikel 33 des Gesetzes vom 12. August 1899, in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März 1910, wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Stempelabgabe:

1. für Verkaufs- oder Wagonautomaten,
2. „ automatische Kraftmesser,
3. „ Automaten, die zur Unterhaltung des Publikums dienen,
4. „ alle in öffentl. Wirtschaftslokalen aufgestellte Klaviere oder sonstige Musikwerke,
5. „ Luxuswagen und Luxusreitpferde.

für das R. 1916 im Monat März an allen Wochentagen von vormittags 9—12 Uhr auf dem Bureau der unterzeichneten Behörde, Zimmer Nr. 1, dahier zu entrichten ist.

Wer bis zum 31. März 1916 die Abmeldung der stempelpflichtigen Automaten usw. bei uns nicht erwirkt hat, ist zur Weiter-

entrichtung der Abgabe bei Weidung der Bestrafung und zwangsweisen Beitreibung verpflichtet.

Sollte die Entrichtung der Abgabe im Wege der Posteingahlung erfolgen, so sind die Geldebeträge stets ganz frei einzuzahlen.

Die für das Hj. 1915 ausgestellten Karten sind vorzulegen. Gießen, den 25. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Semmerde.

Gießen, den 25. Februar 1916.

Betr.: Wie oben.

An das Großh. Polizeiamt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises. Vorstehende Bekanntmachung ist auf ortsübliche Weise wiederholt zu veröffentlichen.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Semmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Ausführung des Urkundenstempelgesetzes v. 12. Aug. 1899 in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März 1910; hier: die Erhebung der Stempelabgaben für Fahrräder.

Unter Hinweis auf Artikel 33 des obigen Gesetzes wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß der Stempelbetrag für

Fahrräder

für das Rechnungsjahr 1916 (d. i. die Zeit vom 1. April 1916 bis 31. März 1917) im Monat März 1916 an allen Werttagen, vormittags von 9—12 Uhr, auf dem Bureau der unterzeichneten Behörde, Zimmer Nr. 1, zu entrichten ist.

Wir fordern hiermit alle Besitzer von Fahrrädern, die diese auf öffentlichen Wegen und Plätzen benutzen, auf, die Stempelabgabe für 1916 Hj. mit 5 Mark von jetzt ab zu entrichten, oder, sofern die Voraussetzungen hierzu vorliegen, Antrag auf Befreiung von der Abgabe zu stellen.

Sollte die Entrichtung der Abgabe im Wege der Posteingahlung erfolgen, so sind die Geldebeträge stets ganz frei einzuzahlen, auch müssen die früheren Radfahrkarten mit eingeleitet werden.

Wer bis zum 31. März 1916 von der Entrichtung der Abgabe befreit ist, hat erneutes Befreiungsgesuch binnen gleicher Frist bei der Bürgermeisterei seines Wohnortes oder in der Stadt Gießen dem Polizeiamt vorzubringen. Hierbei ist die früher erteilte Radfahrkarte und der letzte Staatssteuerzettel (2 Blätter) vorzulegen. Befreiungsanträge, die nach dem 1. April 1916 gestellt werden, können keine Berücksichtigung mehr finden.

Die Stempelabgabe wird von all denjenigen Personen, die ausweislich unseres Registers zur Zahlung verpflichtet sind, einerlei, ob sie bisher die Abgabe entrichtet haben oder von derselben befreit waren, beigetrieben werden, falls die von ihnen benutzten Fahrräder nicht bis spätestens 31. März 1916 unter Rückgabe der Nummerplatte bei uns abgemeldet worden sind. Auch wird die Bestrafung der Säumigen auf Grund des Urkundenstempelgesetzes erfolgen.

Gießen, den 25. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Semmerde.

Gießen, den 25. Februar 1916.

Betr.: Wie oben.

An das Großh. Polizeiamt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises. Vorstehende Bekanntmachung wollen Sie wiederholt veröffentlichen.

Die bei Ihnen eingehenden Gesuche um Befreiung von der Stempelabgabe wollen Sie zunächst sammeln und in Verzeichnisse zusammenstellen und diese Verzeichnisse nebst den letzten Radfahrkarten der betr. Radbesitzer, den Steuerzetteln und etwa sonst noch vorhandenen Nachweisen bis zum 15. März 1916 an uns einreichen. Die Einträge in den Verzeichnissen sind in der Reihenfolge der Nummern der Radfahrkarten zu vollziehen. Verzeichnisse, die dieser Vorschrift nicht entsprechen, werden wir als „Vortopflung der Dienstsache“ zur Renaufstellung zurückgeben. Formulare für Verzeichnisse sind bei der Firma B. Klee daber erhältlich.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Semmerde.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 15. bis 29. Februar wurden in hiesiger Stadt gefunden: 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 Papiergeldschein, 1 Damengürtel, 1 Gasperenhalskette, 1 kleine Wagentasche, 1 Damenuhr, 1 Etui mit Inhalt, 1 Damenhandtasche, 1 Herrenuhr, 1 Kälberbatter;

verloren: 1 Portemonnaie mit 28 Mark und einigen Schlüssel, 1 Portemonnaie mit 15 Mark, dabei 2 Fünfschillinge, 1 wollene Überdecke, ges. B. S., 1 silb. Herrenuhr mit Lederarmband, 1 Portemonnaie mit 30 Mark, 1 Portemon-

naie mit 5 Mark, 1 silb. Damenuhr mit silb. Gliederarmband, 1 wasserfester gefädelter Beutel.

Die Empfangsberechtigten der gefundenen Gegenstände belieben ihre Ansprüche alsbald bei uns geltend zu machen.

Die Abholung der gefundenen Gegenstände kann an jedem Wochentag von 11—12 Uhr vormittags und 4—5 Uhr nachmittags bei unterzeichneter Behörde, Zimmer Nr. 1, erfolgen.

Gießen, den 2. März 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.
Semmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Sonntagsruhe in den Apotheken.

Wir bringen zur öffentlichen Kenntnis, daß von Sonntag, den 5. ds. Mts. nachmittags 3 Uhr, bis Montag, den 6. ds. Mts., früh, nur die Engel-Apotheke geöffnet ist.

Gießen, den 2. März 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.
Semmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Lang-Göns; hier: den Buteckungsplan. In der Zeit vom 22. Februar bis einschließlich 6. März l. J. liegen auf Großh. Bürgermeisterei Lang-Göns

die Beschlüsse der Vollzugskommission vom 17. Februar l. J. und des Gemeinderats vom 11. Februar l. J. über Übernahme der Ueberweisung der neuen Grundstücke im laufenden Jahre

zur Einsicht der beteiligten Grundeigentümer offen.

Einwendungen hiergegen sind bei Weidung des Anschlusses während der Offenlegung bei Großh. Bürgermeisterei Lang-Göns mit Gründen versehen schriftlich einzureichen.

Friedberg, den 17. Februar 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissar:
Schnittsahn, Regierungsrat.

Meteorologische Beobachtungen der Station Gießen.

März 1916	Barometer auf 0° reduziert	Temperatur der Luft	Absolute Feuchtigkeits	Relative Feuchtigkeits	Windrichtung	Windstärke	Grob geschätzt in Prozent der Sichtweite	Wetter
2. 2 ^h	—	7.4	4.3	56	—	—	4	Sonnenschein
2. 9 ^h	—	3.6	4.4	74	—	—	0	Klarer Himmel
3. 7 ^h	—	-0.5	3.9	89	—	—	8	Bed. Himmel

Höchste Temperatur am 1. bis 2. März 1916: +7.8° C.

Niedrigste 1. 2. 1916: +0.4° C.

Niederschlag 0.0 mm.

Märkte.

1a. Braunschweig a. M. Viehhofmarktbericht vom 2. März. Auftrieb: Rinder 222 (darunter Ochsen 37, Bullen 2, Kühe und Järlen 183), Kälber 231, Schafe 44, Schweine 60.

Marktverlauf: Bei lebhaftem Handel wird Preise für 100 Pfd. der Markt schnell geräumt. Lebend- Schlachtgewicht.

Kälber.

Feinste Mastkälber . . . 132—135 220—225
Mittlere Mast- und beste Saugkälber . . . 125—130 208—217
Geringere Mast- und alte Saugkälber . . . 120—125 204—212

Schafe.

Weidemastschafe.
Mastlammern und jüngere Mastlammern . . . 87—90 190—200

1c. Wiesbaden, 2. März. Getreide- und Strohmarkt. Man notierte: Weizen 7.50—8.00 Mk., Stroh (Krummstroh) 4.00 bis 0.00 Mark. Alles per 50 Kilo. — Fruchtmarkt. Am Fruchtmarkt keinerlei Handel.

F.C. Wiesbaden, 1. März. Viehmarkt. Am heutigen Markte standen zum Verkauf: 181 Rinder (darunter 17 Ochsen, 14 Bullen und 150 Kühe), weiter 180 Kälber, 1 Schaf und 131 Schweine. Handel sehr flott, ausverkauft. Die Preise bei Minderern lagen an.

Drucksachen aller Art

liefert in jeder gewünschten Ausstattung preiswert die

Brühl'sche Universitäts-Druckerei, Schulstr. 7